

## Politische Kultur als Bedingung und Resultat politischer Partizipation und sich daraus ergebende Anforderungen an Politische Bildung

Wenn von Partizipation die Rede ist, so sprechen wir

- von einer spezifischen Form der Auseinandersetzung um Macht in der Gesellschaft und
- einer bestimmten Form der Kompromissfindung.

Diese Veränderung der Qualität von Entscheidungsprozessen bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als die Verlagerung von Auseinandersetzungen um die Durchsetzung von Interessen in die Phase der Entscheidungsfindung im Unterschied zu einer nicht-partizipativen Situation, in der die Auseinandersetzungen über bereits getroffene Entscheidungen oder über unter Ausschluss einiger Akteursgruppen entstehende Entscheidungen geführt werden, diese Entscheidungen selbst dann geändert werden und so den gefundenen Kompromiss (oder dessen Unmöglichkeit) repräsentieren. Egal, ob die Intervention der nichtpartizipierenden Gruppen erfolgreich ist oder nicht – der Weg der Entstehung bzw. Änderung der Entscheidung bleibt in diesem Falle grundsätzlich außerhalb des Zugriffs dieser Gruppen.

Im Kern bedeutet Partizipation damit aber auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, insoweit man die Tätigkeit der Verwaltung in ihrer ökonomischen Dimension für die Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses versteht. Der wachsende Stellenwert von partizipativen Elementen in der Politik können somit auch als Spiegel der Veränderung von Anforderungen im Bereich der gesellschaftlichen Produktion verstanden werden. Der Aufschwung in der Anwendung partizipativer Verfahren in allen Teilen der Welt wie auch deren weitgehende Förderung durch Organisationen wie die Weltbank ist selbst Ausdruck derartiger Veränderungen in den Bedingungsgefügen politischen Handelns. Hier wird Partizipation als Möglichkeit verstanden,

- wirtschaftliche Effektivitätspotenziale durch die Nutzung der spezifischen kulturellen Qualitäten, der Erfahrungen von Gemeinschaften im Umgang mit natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen zu erschließen
- eine aus der Gemeinschaft selbst hervordachsende Einbindung in Marktverhältnisse bzw. Weltmarktverhältnisse zu erreichen, die dann über einen hohen Grad an Legitimation aus dem gemeinschaftlichen Handeln selbst erlangt.

Somit ist als Ausgangspunkt der Betrachtungen festzustellen, dass keine Zwangsläufigkeit zwischen Partizipation und Emanzipation besteht; Partizipation kann schnell in Inkorporation oder Unterordnung umschlagen. Das Verhältnis von Partizipation, politischer Kultur und politischer Bildung kann daher immer nur unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Zielstellungen und Interessenkonstellationen betrachtet werden. Partizipation ist als bestimmte Art der Auseinandersetzung um Macht bzw. Hegemonie Teil politischer Kultur, die als Gesamtheit der auf Macht- bzw. Hegemoniebewahrung bzw. –erlangung gerichteten Verhaltensweisen von Menschen und sozialen Gruppen betrachtet werden kann, zu verstehen.

Dies ist eine notwendige Vorbemerkung, da Partizipation als Öffnung von politischen Entscheidungsprozessen für relevante Teile der Gesellschaft mitunter jenseits dieses harten Kerns, also des Faktes, dass es sich um eine Auseinandersetzung um Macht und Hegemonie handelt, betrachtet wird. Partizipativen Verfahren sind in diesem Kontext eigen, dass sie für sich genommen nicht die Grundqualität der Gesellschaft ändern. Sie repräsentieren die Akzeptanz eines neuen Bedingungsgefüges, neuer Entwicklungsansprüche der Akteure, verändern allerdings gleichzeitig selbst die Bedingungen für die an diesen Auseinandersetzungen beteiligten Seiten.

Partizipation bedeutet Öffnung der einander gegenüberstehenden sozialen Räume, gibt "den Anderen" Einblicke in die Handlungsfähigkeit, in die Organisationsstrukturen (formellen wie informellen), den Wertebestand, Interessen und Motivationen der jeweiligen Kontrahenten. Egal, wie partizipative Formen sich im politischen Raum herausbilden, sei es in harten Kämpfen oder sein es in nüchterner Akzeptanz von Veränderungen in bestimmten Bedingungen politischen Handelns, verändern sich in diesem Kontext die Anforderungen an das Verhalten der Akteure in ihrer Ganzheitlichkeit - also im globalen politischen Raum, innerhalb der eigenen Organisationen und auch im persönlichen (auch im familiären) Raum. Somit wächst in einem durch Möglichkeiten politischer Partizipation geprägten politischen Raum das Gewicht individuellen Verhaltens, mithin auch von Werten. Die bloße Einführung partizipative Elemente in Politik sagt aber erst einmal nichts darüber aus, wie die beteiligten Akteure mit den Ergebnissen derartiger Prozesse, mit dem in dem Prozess erarbeiteten Wissen und den dort erworbenen Fähigkeiten umgehen und inwieweit dies alles von den Akteuren selbst als neue Ausgangspunkte für die Durchsetzung ihrer

die Durchsetzung ihrer Interessen verstanden wird oder als Selbstzweck, Eigenwert. Wird Partizipation nicht als bloße politische Losung, als Selbstzweck oder taktisches Geplänkel verstanden, sondern als ein strategisches Prinzip gesellschaftlichen Handelns, ergeben sich daher vor allem auch Anforderungen an die Selbstveränderung von Akteuren, wie sie in dieser Intensität und Tiefe kaum sonst entstehen.

Partizipation verändert also nicht nur die globalen politischen Konstellationen, sie verändert vor allem die Handlungs- und Lebensweise der Akteure hinsichtlich des Umgangs mit Macht, mithin die Kultur ihres politischen Handelns. Politische Kultur als besondere Qualität politischen Handelns tritt mit wachsendem Gewicht neben dem Recht als Regulativ der Beziehungen zwischen den Menschen in Wirkung.

Partizipationsbegünstigende politische Kultur lässt sich unter diesem Gesichtspunkt normativ als Wertehaushalt beschreiben.

Hier markieren Kompromissfähigkeit und Toleranz elementare kulturelle Werte partizipativer Politik. Ohne die Präsenz dieser Werte ist Partizipation und die Nutzung der mit ihr verbundenen politischen Möglichkeiten nicht realisierbar.

Nun bedeutet allerdings eine derartige hohe Wichtung von Kompromissfähigkeit und Toleranz nicht Aufgabe eigener Identität; Partizipation schließt Unterschiedlichkeit, ggf. auch Gegensätzlichkeit der in diesem Prozess beteiligten Seiten ein; andernfalls ist es sinnlos, von Partizipation zu sprechen, vielmehr wäre dann die Rede von Unterordnung, vollständiger Inklusion, Auflösung der einen Seite zu Gunsten der anderen Seite. Mithin ist Selbstbestätigung, Selbstbehauptung, Bewahrung eigener Identität in einem Machtkampf notwendiges Moment von Partizipation im Wortsinne. Auch hier stoßen wir also auf die Frage nach einem kulturellen Wertsystem und auf die Frage nach der Art und Weise, wie diese Behauptung von Identität im Gleichgewicht zu Kompromiss und Toleranz realisiert wird.

Geht man davon aus, dass sich das Verhalten von Menschen in der Ganzheitlichkeit ihres Lebens formiert, haben wir, soweit es bei Partizipation um ein spezifisches Machtverhältnis geht, die Ganzheitlichkeit der Machtverhältnisse zu berücksichtigen, in denen sich Menschen bewegen. Die Machtverhältnisse in der Arbeitswelt, im kommunalen Alltag, in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis usw. usf. müssen hier gleichermaßen Berücksichtigung finden. Diese Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind in erheblichem Maße vermittelt

- durch Traditionen,
- durch Art von Sprache und Kommunikation,
- durch gruppenspezifische Regeln des Zusammenlebens, Rituale usw.

Sie lassen sich z.T. auf ökonomische Interessen beziehen, aber eben nur über verschiedene Vermittlungsschritte. Viel naheliegender ist eine grundlegende Gemeinsamkeit dieser Vermittlungen selbst - sie sind immer auf die Sicherung der Stabilität eines bestimmten Beziehungsgeflechtes gerichtet, das die Stellung der Mitglieder der jeweiligen sozialen Gruppe fixiert, berechenbar macht und somit das System selbst intern wie auch gegenüber anderen Akteuren handlungsfähig hält.

Verändern sich die Bedingung, müssen sich diese kulturellen Werte nicht zwangsläufig mit ändern, wodurch Konflikte unterschiedlichster Art entstehen können. Diese Situation schwächt die jeweilige soziale Gruppe gegenüber anderen. Als Handlungsoptionen bieten sich grundsätzlich zwei Wege an - die kulturelle Schließung und Abschottung, verbunden mit zunehmender Repression (Konformitätsdruck) nach innen, womit allerdings die Grundlagen für die Durchsetzung von im hier betrachteten Sinne partizipativen Ansätzen in der Politik schwinden, oder die bewusste Selbstveränderung. Im letztgenannten Sinne, und nur in diesem Kontext, bestätigt sich Partizipation als Moment der Emanzipation. Die Fähigkeit und Bereitschaft zur Welterkenntnis und zur Selbsterkenntnis in ihrer Einheit und davon ausgehend zur Selbstveränderung dürften als zentrale kulturelle Herausforderungen betrachtet werden.

Betrachtet man Partizipation unter diesen Gesichtspunkten, lassen sich in Fortführung der normativen Beschreibung folgende Aspekte hervorheben:

- Bewusstsein, dass man sich in einem Kampf um Macht (Hegemonie) befindet
- Achtung eines über den familiären Raum hinausgehenden gesellschaftlichen Engagements
- die Akzeptanz von Einmischung in „große“ Politik als legitimes universelles Recht
- die Bereitschaft und Fähigkeit, Zugang zu Informationen zu geben (reale Zugänglichkeit des Öffentlichen) sowie Informationen zur Kenntnis zu nehmen
- Akzeptanz von Mehrheits- und Minderheitensichten
- Akzeptanz von Unterschieden (im Sinne der Akzeptanz des Andersseins) und Widersprüchen (im Sinne der Widersprüchlichkeit von Interessen)
- Fähigkeit zu Solidarität.

Wenn über diese primär kulturellen Fragen in der Gesellschaft kein Minimalkonsens zu erreichen ist (und mehr als ein Minimalkonsens wird nicht zu erreichen sein), sind partizipative Verfahren sicherlich formal einführbar, real wirksam werden sie dann aber kaum.

Das tägliche Leben derartiger Unterschiede auch in politischen Bewegungen ist schwer; erwähnt seien hier solche Momente wie die

- Akzeptanz von Generationsunterscheiden
- Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen wie von Sexualität überhaupt
- Akzeptanz von Behinderung
- Akzeptanz unterschiedlicher intellektueller Fähigkeiten.

Die Fähigkeit des Umgangs mit Unterschieden und Widersprüchen dürfte durchaus als eine Kernfrage politischer Kultur gesehen werden. Vor allem aber sind diese Komponenten erheblich für die Frage der Entwicklung von Solidarität als entscheidender Grundqualität der Beziehungen in einer linken Bewegung. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Begriff der Solidarität heute weitgehend durch seine Inkorporation in den neo-liberalen Wertekanon (und die entsprechende Veränderung des Inhaltes) diskreditiert ist. Sie wird vor allem als "Teilen in der Klasse" dargestellt und auf "Wohltätigkeit" beschränkt. BürgerInnen sollen das selber tun, was der Staat für (angeblich) sozial Schwache (angeblich) nicht mehr leisten kann. Die Tradition der proletarischen Solidarität, die als Einheit des gemeinsamen Kämpfens um soziale und Menschenrechte mit gegenseitiger selbstorganisierter Unterstützung im Alltag gelebt wurde, ist verdrängt, mitunter wird sie als kollektivistisch der Individualität entgegengestellt. Insofern sie spezifische kulturelle Formen hervorgebracht hat und in ihnen, wie auch in spezifischen künstlerischen Formen gelebt hat, liegt hier ein noch einzulösender Anspruch an politische Bildung.

Wenn also Partizipation in der angedeuteten Form als eine komplexe Aneignung von Existenzbedingungen, die vor allem durch die Art und Weise des praktischen Verhaltens der Akteure gekennzeichnet ist, zu verstehen ist, sind neben den Formen rationaler Erkenntnis und Verhaltens offensichtlich auch bestimmte emotionale Formen und Qualitäten von Bedeutung. Dies ergibt sich bereits an der weiter oben angeführten Bedeutung von Traditionen und Ritualen. Diese Einheit von Rationalem und Emotionalem dürfte für

die Beantwortung der Frage nach der Stellung Politischer Bildung in Partizipationsprozessen mehr noch als in anderen Kontexten von Bedeutung sein.

Wenn es sich bei Partizipation um eine Veränderung der Kooperationsweise und der Konsensfindung zwischen politischen Akteuren handelt, muss die Frage der Entstehung dieser Veränderungen, also die Auseinandersetzung mit der eigenen wie auch mit der Geschichte der weiteren Akteure eine wichtige Rolle spielen. Diese Bewertungen sind oft immer mit einem hohen Grad an Emotionalität und Kulturalität aufgeladen; auch lässt sich die eigene Stellung in diesem Kontext und die eigene Identität oft nur geschichtlich erklären. Die Frage, woher man selbst und die anderen kommen ist ein wesentliches Moment um sich selbst und andere zu verstehen, insbesondere Verhaltensweisen, die sich nicht logisch aus gegebenen Bedingungen ableiten lassen. Eigene Vorurteile und Stereotype werden nur so verständlich und überwindbar. Gerade in dieser Verbindung geschichtlicher Verhältnisse und die Umwandlung von geschichtlicher Erfahrung in Traditionen als kultureller Dimension von Geschichte besteht ein wesentliches Moment der Verwirklichung der weiter oben angesprochenen Einheit von Welterkenntnis und Selbsterkenntnis. Traditionen (oder Erbe) als geronnene Geschichte und Identitätsanker sind aber genau wegen der in ihnen manifesten Vermischung von rationaler und emotionaler Erkenntnis Bildung nur schwer zugänglich, wenn sie sich auf das rationale Moment beschränkt. Es haben sich auf diesem Feld Ansätze des Biographischen Lernens (Zeitzeugenarbeit) bewährt - es dürften hier auch Formen, die künstlerische Beschäftigung mit dem jeweiligen Thema einschließen, mögliche Wege des Lernens sein.

Wiederum normativ betrachtet lassen sich so folgende Anforderungen an Bildungsprozesse ableiten:

- Einheit intellektueller und emotionaler Aneignung
- Einheit von Gesellschaftsbezug und Alltagserfahrung, Gesellschaftlichkeit und Individualität
- die Akzeptanz der Normalität von Veränderungen, also der Geschichtlichkeit von Gesellschaft und von sozialen Gruppen, von Werden und Vergehen
- in klares Benennen von Machtverhältnissen in ihrer Ganzheitlichkeit, also nicht nur der im Verhältnis Kapital-Arbeit präsenten, sondern auch der in den Familien, in den Bewegungen, in Gewerkschaften existierenden Machtkonstellationen und hegemonialen Beziehungen, ihrer Herkunft und ihrer Entwicklung

- in diesem Zusammenhang wiederum steht das Verständnis von gesellschaftlichen Widersprüchen und der Umgang mit ihnen
- die Nutzung von künstlerischen Aneignung und Gestaltung von Realität.

Wenigstens was die Realität in Deutschland betrifft, ist der letztgenannte Punkt einer der kompliziertesten, wenn nicht der komplizierteste überhaupt, wenn es um den Kontext politischer Bildung geht. Der Verlust der künstlerischen Traditionen der linken und Arbeiterbewegung, der mit den Umbrüchen Ende der achtziger - Anfang der neunziger Jahre sowie eine weitestgehende Kommerzialisierung des Kunstbetriebes und Privatisierung öffentlicher Räume rapide beschleunigt wurde, wirft in Bezug auf die Gestaltung der politischen Kultur komplizierte Fragen auf. Künstlerische Betätigung oder wenigstens gemeinsame Auseinandersetzung mit Kunst spielt bei der Vermittlung von Werten und Traditionen eine erhebliche Rolle, genauso wie bei der rationalen Erfassung von Wirklichkeit. Kunst konzentriert Weltansichten und arbeitet wesentliche Momente gesellschaftlicher Entwicklung in besonderer Zuspitzung heraus.

Neben den Traditionen sind es so also wieder die Werte, die eine derartige Einheit verschiedener Erkenntniswege bzw. Handlungsgrundlagen bilden. Tatsächlich aber realisieren sich die bisher betrachteten Ausformungen politischer Kultur im alltäglichen individuellen Handeln von Menschen, in bestimmten elementaren individuellen Verhaltensqualitäten, deren Realisierung gleichzeitig eine bestimmte politische Kultur zur Voraussetzung haben, wie sie sie auch konstituieren.

Es geht dabei um klassische "Tugenden", wie

- Ehrlichkeit
- Verlässlichkeit und Verantwortung
- Disziplin (Selbstdisziplin, neue Disziplin - Luxemburg)
- Ordnung
- Fähigkeit zu Selbstkritik.

Soweit Partizipation eine höhere Intensität von Kooperation und Kommunikation bedeutet, erklärt sich die Bedeutung dieser „Tugenden“ als Moment politischer Kultur nahezu von selbst.

Abschließend bleibt zu diskutieren, was die skizzierten Ansprüche und Prinzipien für politische Bildung bedeuten. Dabei ist zuerst zu berücksichtigen, dass Lernprozesse von kulturellen Komponenten vor allem im alltäglichen Leben, weniger in Seminarräumen

oder auf Konferenzen ablaufen. Wenn dies ohnehin schon generell zutrifft, trifft dies gerade auf das Lernen von dem, was schließlich eine politische Kultur konstituiert, in erhöhtem Maße zu.

Sehr grob gesagt lassen sich folgende Prinzipien einer auf die Beförderung von Partizipation ausgerichteten Veränderung politischer Kultur vermittle Lernprozessen aufstellen:

- Einheit von Wissensvermittlung und Selbstbestimmung
- Bereitstellung von komplexem Wissen, das die Auffassungen verschiedener Strömungen in der Gesellschaft widerspiegelt
- Vermittlung der Geschichtlichkeit
- Bereitstellung des Zugangs zu Erkenntniswegen; die Beantwortung der Frage, wie ich überhaupt zu Wissen im Sinne einer adäquaten Widerspiegelung von Realität komme
- Bereitstellung eines Diskussionsraumes, in dem die TeilnehmerInnen ihre eigenen Themen und die Wege ihrer Bearbeitung selbst finden können.

Es wird deutlich, dass die Betrachtung des Zusammenhanges von Partizipation, emanzipativem Anspruch und politischer Kultur tatsächlich einen Bruch mit tradierten Formen politischer Bildung herausfordert. Vor einem solchen Bruch schrecken nicht nur die als Lehrende Tätigen, sondern auch oft die Interessenten an Bildungsangeboten zurück. Dies ist nicht verwunderlich – politische Bildung ist selbst Teil politischer Kultur und somit in die beschriebenen Widersprüche und Anforderungen eingebunden. Soweit Partizipation und Veränderungen in der politischen Kultur zusammenfallen, bedeutet dies immer auch die Veränderung der Stellung der politischen Bildung selbst, der Lehrenden wie der Lernenden.

Dr. Lutz Brangsch

Rio, Dezember 2004